

Schweizerische Offiziersgesellschaft
Schweizerischer Unteroffiziersverband
Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee
Pro Militia
Schweizer Schiesssportverband
Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe
Gruppe GIARDINO
PRO LIBERTATE
Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft
Landeskonferenz der militärischen Dachverbände
proTELL
Forum Flugplatz Dübendorf
AKTION AKTIVDIENST
Sektionschefs Zürcher Oberland

An die bürgerlichen Mitglieder des
Ständerates

Zürich, 10. Dezember 2010

Sicherheitspolitischer Bericht und Armeebericht – Milizorganisationen fordern Nachbesserung der Berichte

Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte

Am Mittwoch, 15. Dezember 2010, ist im Ständerat die Behandlung des **Sicherheitspolitischen Berichts** traktandiert. Die unterzeichnenden Milizorganisationen fordern Sie geschlossen auf, den Bericht zwecks **Überarbeitung und Korrektur der wichtigsten Eckwerte** an den Bundesrat zurückzuweisen. Eine blosser Kenntnisnahme des Berichtes ohne Auftrag zur Nachbesserung wäre fatal und kommt für die Milizorganisationen und ihre Mitglieder nicht in Frage.

Wir begrüssen den kürzlichen Entscheid der ständerätlichen Sicherheitspolitischen Kommission, den Armeebericht faktisch zurückzuweisen – ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung.

Die unterzeichnenden Organisationen begründen nachfolgend, warum der Sicherheitspolitische Bericht und der Armeebericht zur Überarbeitung der wichtigsten Eckwerte an den Bundesrat zurückzuweisen sind.

Wir setzten hohe Erwartungen in den neuen **Sicherheitspolitischen Bericht**. Erhofft hatten wir von diesem Bericht eine klare Strategie mit einer nachvollziehbaren Abgrenzung zwischen Autonomie und Kooperation sowie schlüssig abgeleiteten Konsequenzen für die sicherheitspolitischen Instrumente. Dies im Wissen, dass ohne ein überzeugendes und breit abgestütztes Grundlagendokument auch die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Armee aussichtslos ist.

Der Sicherheitspolitische Bericht, den der Bundesrat am 23. Juni 2010 vorgelegt hat, erfüllt diese Erwartungen leider nicht. Der Bericht lässt eine klare Strategie vermissen, weicht den Kernfragen, die politischen Zündstoff enthalten, aus und beschränkt die Weiterentwicklung der Armee a priori auf deren weitere, offensichtlich finanzpolitisch begründete Reduktion. Schliesslich wird die Bedrohungsanalyse unter dem Diktat des Spardrucks auf jene kurzfristig möglichen Ereignisse fokussiert, zu deren Bewältigung möglicherweise auch eine in allen Bereichen reduzierte Armee noch knapp genügen könnte. Das ist keine vorausschauende und überzeugende Sicherheitspolitik, sondern der blosser und untaugliche Versuch, den bundesrätlichen Sparbeschluss vom 26. November 2008, welcher die Armee materiell, personell und finanziell um einen Viertel reduzieren will, zu rechtfertigen. Entsprechend hat die Verunsicherung in der Bevölkerung und unter den Armeeangehörigen zugenommen.

Unsere Hoffnungen ruhen nun auf Ihnen, dem Parlament. Wir erwarten von Ihnen eine substantielle, unideologische und sachliche Auseinandersetzung mit dem Sicherheitspolitischen Bericht und daraus ableitend einen Bundesbeschluss, der klare Aufträge enthält, in welchen Punkten der Bericht vom Bundesrat nachgebessert werden muss. **Sinnvollerweise ist der ganze Bericht vom Parlament zur Überarbeitung zurückzuweisen.** Festzuhalten ist hingegen an den Eckwerten Neutralität, allgemeine Wehrpflicht und Milizarmee. Vorschläge, wie allgemeine Dienstpflicht, freiwillige Miliz oder Durchdienerarmee sind mit Blick auf die Schweizerischen Eigenheiten untaugliche Modelle und deshalb nicht weiter zu verfolgen.

Aus Sicht der Milizorganisationen sind primär folgende Punkte zu überarbeiten:

- Die **Umsetzung der drei verfassungsmässigen Aufgaben der Armee und der daraus abgeleiteten Aufträge**. Darauf auszurichten sind die Grösse und Ausrüstung der Armee, wozu auch die Anzahl Kampfflugzeuge gehört. Ohne Tiger-Teilersatz kann die Luftwaffe in absehbarer Zeit nicht einmal mehr den Luftpolizeidienst aufrecht erhalten.
- **Ergänzung des Bedrohungskatalogs** unter Berücksichtigung von Fernwaffenbeschuss und Cyberwar sowie Verzicht auf die Wertung der Eintretenswahrscheinlichkeiten. Es sind auch langfristige Risiken zu berücksichtigen, die sich aus den noch immer weltweit steigenden Rüstungsausgaben und einer weiteren Radikalisierung gewisser Staaten ergeben könnten.
- **Keine vauseilende Reduktion der Armeefinancen**, sondern eine umfassende Darstellung der effektiven finanziellen Bedürfnisse basierend auf Bedrohungsbeurteilung und entsprechend notwendige Strukturen, ungeachtet der Sparbeschlüsse, die der Bundesrat vor Erscheinen des Berichts fällte.

- **Kein vorauseilender Strukturabbau:** Bevor die sicherheitspolitischen Grundlagen nicht festgelegt sind, dürfen durch das VBS und die Verwaltung keine Präjudizien geschaffen werden.

Angesichts dessen, dass der Sicherheitspolitische Bericht in seiner aktuellen Fassung vom 23. Juni 2010 keine genügende Grundlage für die Weiterentwicklung der Armee darstellt, kommt die gleichzeitige Behandlung des darauf basierenden **Armeeberichts** vom 1. Oktober 2010 nicht in Frage. Mit der faktischen Rückweisung des Armeeberichts durch die SiK-S ist diesem Umstand Rechnung getragen worden. Wir erwarten, dass die parlamentarische Behandlung des Armeeberichtes solange ausgesetzt wird, bis der Sicherheitspolitische Bericht abschliessend beraten und überarbeitet ist.

Inhaltlich erweist sich auch der **Armeebericht** in den entscheidenden Punkten als ungenügend. Er listet zwar den jetzigen Zustand der Armee ziemlich umfassend auf, weist jedoch bei der Zuteilung der Mittel zu den geforderten Leistungen einen Bruch auf. **Das Leistungsprofil ist kaum mehr verfassungskonform, wie dies nicht zuletzt auch das Gutachten von Prof. Rainer Schweizer vom 23. August 2010 ausführlich belegt.** Die vorgesehenen Bestände und Mittel reichen weder für den Verteidigungsfall noch für die Unterstützung der zivilen kantonalen Behörden aus. Der Armeebericht ist daher inhaltlich zwingend, wie in einzelnen Teilen von der SiK-S richtig erkannt und in Auftrag gegeben, umfassend zu **überarbeiten**.

Diesbezüglich erheben wir folgende **Forderungen**:

- ein **aktiver Armeebestand** (ohne Schulen und Basisleistungen) von mindestens **100'000 AdA** sowie eine angemessenen **Reserve** an inaktiven AdA, basierend auf einem klar definierten Leistungsprofil in zeitlicher und räumlicher Hinsicht;
- ein **Budget für die militärische Landesverteidigung** von jährlich mindestens **5 Milliarden Franken**; dabei sind Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die nötige Finanzierung mittel- bis langfristig sichergestellt werden soll;
- die Wiederaufnahme der Beschaffung des **Tiger-Teilersatzes** auf der Basis des 2010 korrekt abgeschlossenen Evaluationsverfahrens;
- die Sistierung der überhastet eingeleiteten sowie die Überprüfung der vorgesehenen Massnahmen zur **Ausserdienststellung** von Ausrüstungsgütern und Infrastrukturen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und grüssen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Schweizerische Offiziersgesellschaft



Hans Schatzmann, Präsident

Schweizerischer Unteroffiziersverband



Rolf Homberger, Zentralpräsident

**Arbeitsgemeinschaft für eine
wirksame und friedenssichernde
Milizarmee**



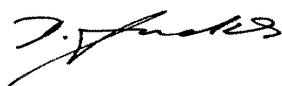
Andreas W. Widmer, Präsident

Pro Militia



André Liaudat, Präsident

Schweizer Schiesssportverband



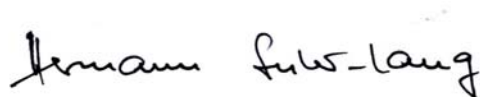
Dora Andres, Präsidentin

**Gesellschaft der Offiziere
der Luftwaffe**



Fabian Ochsner, Präsident

Gruppe GIARDINO



Hermann Suter, Präsident ai

PRO LIBERTATE



Thomas Fuchs, Präsident

**Verein Sicherheitspolitik und
Wehrwissenschaft**




Günter Heuberger, Präsident

**Landeskonferenz der militärischen
Dachverbände**



Max Rechsteiner, Präsident

proTELL



Willy Pfund, Präsident

Forum Flugplatz Dübendorf



Peter Bosshard, Präsident

AKTION AKTIVDIENST



Hans Ruedi Schaffhauser, Präsident

Sektionschefs Zürcher Oberland



Reinhardt Dünki, Vizepräsident

Kopie: Herrn Nationalrat Jean-René Germanier, Nationalratspräsident
Herrn Nationalrat Jakob Büchler, Präsident SiK-N
Herrn Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher VBS